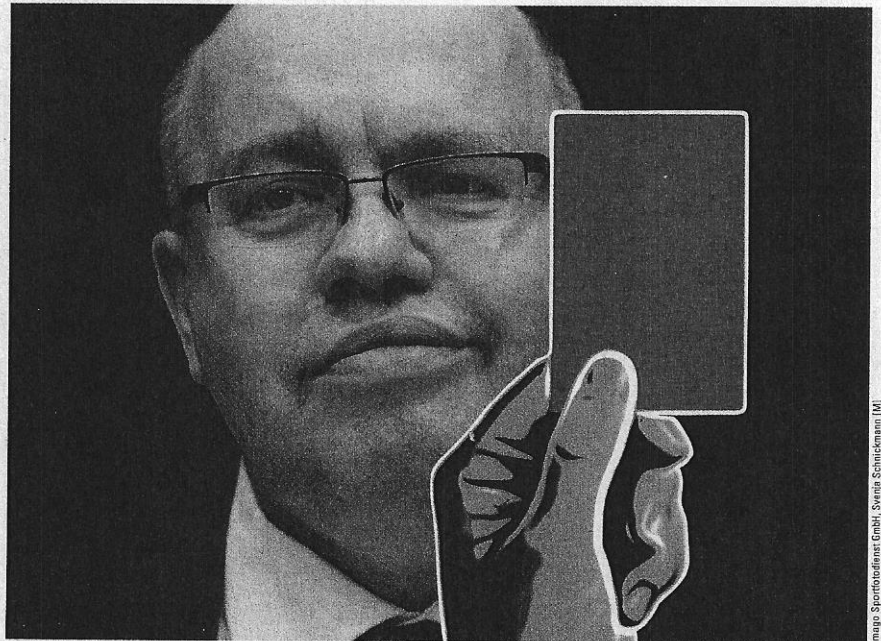


# Grobes Foul

## Der für die erneuerbaren Energien zuständige Minister spielt gegen alle Regeln

**Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die Hauptursache für die beständig steigende EEG-Umlage durchaus richtig erkannt, nämlich den rasanten Verfall der Börsenstrompreise. Die von ihm vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen aber ignorieren die eigene Analyse. Sein Agieren bei der sogenannten »Strompreisbremse« vermittelt zunehmend den Eindruck, dass es ihm weniger um die Lösung eines energiepolitischen Problems als vielmehr um größtmöglichen Schaden für die erneuerbaren Energien geht.**



Rote Karte: Bundesumweltminister Altmaier hat sich ins energiepolitische Abseits manövriert

Eine Billion Euro: Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) schwang den Knüppel mit der ungeheuren Zahl gleich in mehreren Interviews, offenkundig davon überzeugt, hiermit ein veritables Totschlagargument gegen jegliche Kritik an seiner »Strompreisbremse« in Händen zu halten. Auf eine Billion Euro würden sich nach Darstellung des Ministers die Gesamtkosten der Energiewende bis circa 2040 belaufen, wenn man seinen Vorschlägen zu deren Begrenzung (PHOTON 2-2013) nicht folge.

Die Rechnung hatte einige eklatante Schwächen. Einmal abgesehen davon, dass Altmaier sich nicht die Mühe machte, den Aufwand für ein »Weiter so«, also beispielsweise die Folgekosten fossiler und atomarer Stromerzeugung, gegenzurechnen, verzettelte er sich auch in der Darstellung der eigenen Ideen. So nannte er zum Beispiel im Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 19. Februar, bei dem er seine Billionen-Rechnung erstmals darlegte, eine Einsparung von 1,8 Milliarden

Euro jährlich durch die in seinem Konzept vorgeschlagenen Senkungen der Einspeisevergütung. Durch diese ließen sich »binnen 20 Jahren 200 Milliarden Euro« einsparen.

Auf welche Weise aus 20 mal 1,8 un­plötzlich 200 werden soll, wollte niemand ernsthaft diskutieren. Und auch der Rest von Altmaiers Darlegungen wurde recht unsanft abgebügelt: Die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. in Berlin, Claudia Kemfert, nannte es »verantwortungslos, eine solche Milliarden­summe zu nennen, ohne schlüssige Berechnungen vorzulegen«. Felix Matthes, Forschungs­koordinator Energie- und Klimapolitik im Berliner Büro des Öko-Instituts e. V., bezeichnete die Zahlen in provozierend zurückhaltender Wortwahl als »nicht nachvollziehbar«. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, wurde deutlicher und sprach von »Taschenspielertricks«.

### Waghalsige Behauptung

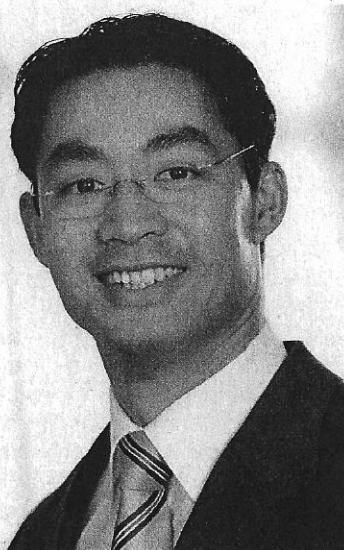
Doch die Argumentationsnot des Umweltministers hat ihren Ursprung schon weit früher und reicht in eine Zeit zurück, als er noch gar nicht im Amt war.

Im Juni 2011 verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Bundestag, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zur Finanzierung der Einspeisevergütung definierte Umlage auf die Stromrechnungen werde nicht über die Größenordnung von 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen. Eine Regierungschefin mag es naturgemäß nicht gern, wenn man ihr derartige Äußerungen im Nachhinein als unhaltbar nachweist – wohl ein wichtiges Motiv für den damaligen Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), im Herbst desselben Jahres in hektischen Aktionismus auszubrechen und gemeinsam mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine auf Kahlschlag hinauslaufende EEG-Reform auf Kiel zu legen. Denn die im Oktober 2011 präsentierte Prognose der vier großen Übertragungsbetreiber ergab bereits für 2012 ei-

nen wenn auch nur leicht höheren Betrag von 3,59 Cent – Tendenz: weiter steigend. Und dass Röttgen es nicht schaffte, diese Tendenz wieder umzukehren, darf als einer von mehreren Gründen dafür gelten, dass der Umweltminister seit Mai 2012 eben nicht mehr Röttgen, sondern Altmaier heißt.

Der wiederum hatte im Oktober 2012 die im Lichte dieser Entwicklung äußerst heikle Aufgabe, eine neue Umlagenhöhe von 5,28 Cent für das Jahr 2013 zu vertreten. Und ließ sich zu der Aussage hinreißen, dass nun aber wirklich Schluss sei. Künftig seien keine gravierenden Steigerungen mehr zu erwarten.

Hätte Altmaier sich in den ersten fünf Monaten seiner Amtszeit tiefer in die Materie eingearbeitet, wäre ihm die Waghalsigkeit einer solchen Behauptung besser bewusst gewesen. Spätestens seit dem 16. Januar 2013 aber dürfte sie ihm klar sein. Von diesem Tag datiert ein internes Papier der Übertragungsnetzbetreiber, in dem sie die in jüngster Zeit noch schneller als bisher fallenden Börsenstrompreise hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die EEG-Umlage betrachten. Unter dem Titel »EEG-Bankkontoverlauf 2013 – Prognose der deutschlandweiten Entwicklung ab Aufsatzzpunkt 31.12.2012« wird eine tages-scharfe Verlaufsprognose der EEG-Umlage erstellt. Gegenüber der Vorhersage vom Oktober 2012, auf der die für 2013 ermittelten 5,28 Cent beruhen, gibt es hier eine gravierende Änderung: Die Annahme der Verkaufspreise, die mit den EEG-Strommengen an der Strombörse erzielt werden können, wurde drastisch nach unten korrigiert.



BMW Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

### EEG-Umlage als Ausrede

Denn die Preise an den Strombörsen fallen beständig, und in den letzten Wochen hat die Sinkgeschwindigkeit nochmals zugenommen. Damit fehlen aber Mittelzuflüsse aus dem Stromverkauf, weil die EEG-Umlage sich im Wesentlichen aus der Differenz zwischen Vergütungszahlungen und den Erlösen des Ökostrom-Verkaufs an der Börse errechnet. Wenn dort die Preise fallen, und das tun sie gerade wegen des reichlich vorhandenen Wind- und Solarstroms, steigt diese Differenz und damit auch die Umlage. Es besteht deshalb die realistische Möglichkeit, dass im kommenden Oktober, wenn die Prognose für das Jahr 2014 gemacht werden muss, das Umlagekonto im Minus ist. Und dann könnte die EEG-Umlage 2014 abermals höher ausfallen als vom Umweltminister angenommen.

Für Fachleute kommt diese Erkenntnis nicht überraschend. Dass die Börsenstrompreise auch 2013 weiter fallen würden, lag schon auf der Hand, als Altmaier sich auf die 5,28-Cent-Obergrenze einschwor. Klar ist außerdem, dass bei der bestehenden Regelung die Umlage so lange steigen wird, wie der Börsenstrompreis fällt – und zwar weitgehend unabhängig davon, wie schnell der weitere Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen verläuft.

Das könnte natürlich zum Wohle der Stromkunden genutzt werden. Sinkende Beschaffungskosten an den Strombörsen für Stadtwerke und Stromhändler sollten sich preisdämpfend auf die Abgabepreise auswirken. Hier wäre die Politik gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der liberalisierte Strommarkt funktioniert und sinkende Börsenpreise an den Verbraucher weitergegeben werden. Zuständig hierfür wäre auch die Kartell-aufsicht, die Wirtschaftsminister Rösler unterstellt ist. Der aber unternimmt in dieser Hinsicht nichts Erkennbares, und so streichen die Stromvertriebe immer größere Margen ein, während die steigende EEG-Umlage als Ausrede für hohe Abgabepreise erhalten muss.

Auch Altmaier weiß – mittlerweile jedenfalls – um den Zusammenhang zwischen Börsenstrompreisen und EEG-Umlage, er legt dies in seinem »Strompreisbremsen«-Papier sogar selbst dar. Die EEG-Umlage, heißt es dort, könne selbst dann »kräftig steigen, wenn der weitere Ausbau der erneuerbaren Energi-

**Bundeswirtschaftsminister Rösler:**  
die eigenen Fachleute ignoriert



**Bundeskanzlerin Merkel:** unhaltbare Zusagen

en vollständig zum Stillstand käme« und ebenso gut »trotz Zubau sinken, falls der Börsenstrompreis mittelfristig wieder steigen würde«. Nur folgt der Minister dieser Erkenntnis nicht und macht stattdessen allein den Ausbau der erneuerbaren Energien zum Sündenbock – ein großes Foulspiel.

### Keine Abstimmung

Vier Maßnahmen enthält Altmaiers »Strompreisbremse« in ihrer Mitte Januar präsentierten Urfassung:

- Der Zahlungsbeginn der Einspeisevergütung für neue EEG-Anlagen sollte so lange nach hinten geschoben werden, bis das EEG-Umlagekonto wieder im Plus ist. In der Zwischenzeit müssten sich die Betreiber mit den gegen null tendierenden Börsenstrompreisen zufriedengeben.
- Die teils sehr umfangreiche Befreiung der energieintensiven Industrien wollte Altmaier wieder etwas zurückfahren, um die Belastung wieder breiter zu verteilen.
- Die EEG-Umlage sollte auch für Eigenzeuger wie zum Beispiel Kraftwerke von Industrieanlagen erhoben werden. Diese sind heute noch – unabhängig vom Energieträger – vollständig von der EEG-Umlage befreit und werden ebenso wie der Eigenverbrauch von Solarstromerzeugern bei steigenden Strompreisen immer lukrativer.
- Unter dem Begriff »EEG-Soli« schlug Altmaier eine Art Steuer für Altanlagen vor. Alle Bestandsanlagen sollten demnach ein Jahr lang eine zu-

sätzliche Absenkung der Vergütung hinnehmen – also eine rückwirkende Beschneidung ihres gesetzlich garantierten Vergütungsanspruchs.

Dass Altmaier seinen Vorstoß nicht einmal regierungsintern abgestimmt hatte, zeigte sich bereits wenige Tage später. In einer ersten Einschätzung von Fachleuten des Bundeswirtschaftsministeriums, die PHOTON vorliegt, geht man mit seinem Papier deutlich ins Gericht. Vor allem die rückwirkende Vergütungskürzung wird als nicht durchsetzbar angesehen. Dies könne wohl nur »als politischer Wunsch mit wenigen Realisierungschancen bezeichnet werden«. Auch trägt das Wirtschaftsministerium in seltener Klarheit vor: »Solange erstens keine Anlagen aus der EEG-Vergütung herausgehen (...) und zweitens der Strombörsenpreis nicht substantiell steigt (derzeit nicht absehbar), kann die Umlage ohne Sondereingriffe in bestehende Mechanismen nicht sinken. Die Deckelung (der Umlagehöhe, Anm. d. Red.) wirkt sich daher automatisch als faktischer Neubaustopp aus.«

Damit war die Sache, vielleicht unfreiwillig, auf den Punkt gebracht: Es kann darüber gestritten werden, ob Altmaier tatsächlich das Ansteigen der EEG-Umlage im Sinn gehabt oder dies nur als Vorwand genutzt hat, um die erneuerbaren Energien auszubremsten. Faktisch aber läuft seine Strompreispbremse auf einen weitgehenden Zubaustopp hinaus.

### Altmaier trifft Rösler

Dennoch wurde sein Konzept weiterverfolgt, pikanterweise im Schulterchluss mit dem Wirtschaftsministerium, das ihm gerade noch ein so verheerendes Zeugnis ausgestellt hatte. Es darf angenommen werden, dass es dessen Ressortchef Rösler war, der sich über die Bedenken seiner eigenen Fachleute hinwegsetzte. Heraus kam ein »gemeinsamer Vorschlag zur Dämpfung der Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien«, der am 13. Februar vorgestellt wurde und gegenüber dem Altmaier-Papier einige Änderungen respektive Präzisierungen enthielt:

- Der Zeitpunkt des Zahlungsbeginns der EEG-Vergütung soll jetzt nicht mehr an den Ausgleich des EEG-Umlagekontos geknüpft sein, sondern auf sechs Monate nach Inbetriebnahme festgelegt werden. Dies wird als Verbesserung dahingehend verkauft, dass nun der Anlagenbetreiber zumindest keine Unsicherheit mehr über den Zahlungsbeginn habe. Die resultierende faktische Kürzung durch den verspäteten Zahlungsbeginn ohne Nachholung am Ende der Vergütungsdauer ist gleichwohl ein Investitionshemmnis, da die Rendite sinkt.
- Obendrauf soll noch eine Kürzung für Windkraftanlagen an Land kommen, deren Anfangsvergütung auf acht Cent je Kilowattstunde redu-



Altmaier-Vorgänger Röttgen: Ursprung der Argumentationsnot

ziert werden soll. Daneben sollen Boni für »Repowering« (den Ersatz älterer Anlagen durch neue, effizientere Systeme) und Systemdienstleistungen im Stromnetz abgeschafft werden sowie die Fristen im »Referenzertragsmodell« (der Basis für die Vergütungsrechnung von Windkraftanlagen) verschlechtert werden. Auffällig ist dabei, dass die von den großen Energiekonzernen betriebenen Offshore-Windparks von dieser Kürzung explizit und vollständig ausgenommen werden sollen.

- Photovoltaikanlagen sollen – wie schon im Altmaier-Konzept – aufgrund der ohnehin schon atemberaubenden Absenkungsgeschwindigkeit ihrer Vergütung von separaten Kürzungen ausgenommen werden. Die Vergütungen für alle anderen Anlagentypen aber sollen mit der Rasenmähermethode um einmalig zusätzlich vier Prozent gekürzt werden – ein Punkt, der umgehend den Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur GmbH (Dena), Stephan Kohler, auf den Plan rief. Es sei »nicht nachvollziehbar«, dass Solarstrom von den Kürzungen ausgenommen sein soll. Gegen die übrigen Vorschläge von Altmaier und Rösler hatte er keine Einwände.
- Alle Anlagen mit einer Leistung von mehr als 150 Kilowatt bekämen keine feste Vergütung mehr, sondern müss-



Auf Kahlschlag angelegt: Proteste gegen den Röttgen-Rösler-Plan zur EEG-Novelle (im März 2012 in Berlin)

ten in die verpflichtende Direktvermarktung wechseln, was neben ungewisser Finanzierungsgrundlage auch mit erheblich mehr Bürokratie für den Anlagenbetreiber verbunden ist. Gleichwohl soll die »Managementprämie«, die bei der bisherigen – freiwilligen – Regelung zur Direktvermarktung eben diese Bürokratiekosten decken soll, abgeschafft werden.

- Für Bestandsanlagen, die vor der Verkündung eines Gesetzes nach Altmaiers und Röslers Vorstellungen gebaut wurden, solle die Einspeisevergütung 2014 pauschal um 1,5 Prozent gekürzt werden. Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die rückwirkende Beschneidung von Ansprüchen nimmt offenkundig auch Rösler nicht allzu ernst.

In Sachen »Umlagebefreiung« blieb der Vorschlag, den derzeit von »stromintensiven« Betrieben verlangten Betrag von 0,05 Cent je Kilowattstunde zu erhöhen, ohne allerdings konkrete Zahlen zu nennen. Außerdem solle die Befreiung wieder auf solche Unternehmen begrenzt werden, die im internationalen Wettbewerb stehen. Und auch die Erhebung der Umlage für Eigenverbrauch blieb im Konzept, wobei Anlagen mit weniger als zwei Megawatt Leistung sowie Kraftwärmekopplungsanlagen ausgenommen werden sollen.

### Gefährliches Spiel

Das vielleicht Befremdlichste an Altmaiers – und Röslers – Spielweise ist, dass sie es nicht nur an Abstimmung untereinander sowie mit den jeweils eigenen Ministeriumsmitarbeitern mangeln lassen, sondern auch die politischen Kräfteverhältnisse ignorieren. Denn eines ist klar: So wie ihr Vorschlag auf dem Tisch liegt, hat er keine Aussicht auf Umsetzung. Die Proteste der Erneuerbare-Energien-Branche und der Umweltverbände waren sicherlich einkalkuliert, doch beiden Ministern musste auch klar gewesen sein, dass sie nicht einmal die eigenen Reihen hinter sich schließen könnten. Lautstark meldete sich beispielsweise Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) zu Wort und forderte einen Verzicht auf den »Energie-Soli«: Für seine Partei sei »der Vertrauensschutz ein hoher Wert«, die Bürger müssten sich auf staatliches Handeln verlassen können. Auch andere Unionspolitiker meldeten Bedenken an oder hüllten sich in vielsagendes Schweigen:

Die meisten Bundesländer beheimaten inzwischen eine mehr oder weniger ausgeprägte Erneuerbare-Energien-Branche, schon deshalb hätten die Berliner Strategen wissen können, dass sie selbst unter CDU- und CSU-Ministerpräsidenten keinen ungeteilten Beifall ernten. Erst recht natürlich nicht bei denen von SPD und Grünen, und die stellen im Bundesrat, der einer EEG-Novelle zustimmen müsste, die Mehrheit.

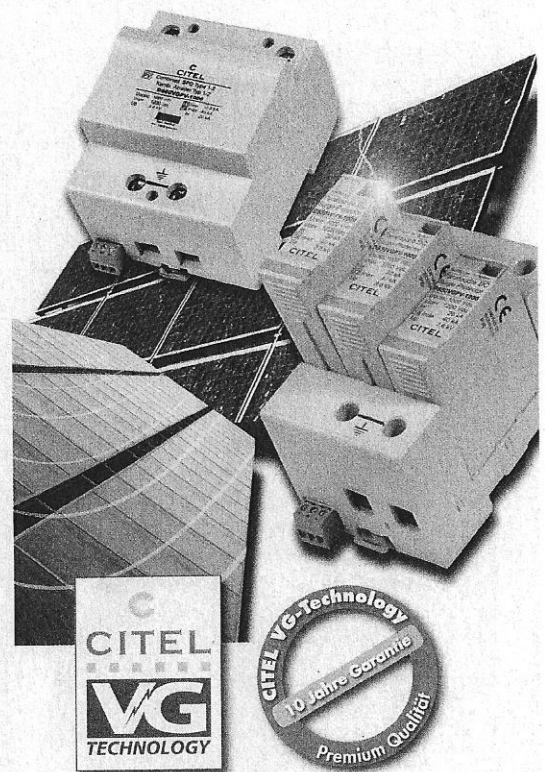
Nach Lage der Dinge durfte der von Amts wegen für die Energiewende zuständige Minister Altmaier also nicht mit einem Erfolg für seine Strompreisbremse rechnen. Wohl aber mit Reaktionen, wie sie zum Beispiel die Stadtwerke München GmbH (SWM) zeigten. Sein Unternehmen wolle in Deutschland vorerst nicht mehr in erneuerbare Energien investieren, erklärte deren Geschäftsführer Florian Bieberbach: »Das unternehmerische Risiko ist bei der derzeitigen Lage völlig unkalkulierbar.« An ihrem Ziel, bis zum Jahr 2025 so viel Ökostrom zu erzeugen, wie die Stadt München rechnerisch verbraucht, würden die SWM jedoch festhalten. Um die hierfür geplante Gesamtinvestition von neun Milliarden Euro zu platzieren, wolle sich der kommunale Betrieb nun verstärkt im Ausland umschaun.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass Altmaier auf genau solche Effekte abzielt hat: Krawall schlagen, den politischen Gegner und die ökonomischen Akteure verunsichern – und demonstrieren, was man alles anstellen könnte, wenn sich die Machtverhältnisse nach den nächsten Wahlen wieder zugunsten von Schwarz-Gelb verschieben.

Nun soll sich erst einmal eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern um das Thema kümmern. Bis zum 21. März, für den Kanzlerin Merkel zum nächsten »Energiegipfel« geladen hat, dürfte von Altmaiers Vorschlägen nicht mehr allzu viel übrig bleiben – außer einem gehörigen Maß an Verunsicherung und vielen auf Eis gelegten Investitionen.

Altmaiers Spiel ist allerdings durchaus auch mit Risiken für ihn selbst verbunden. Es liegen schließlich diverse Vorschläge auf dem Tisch, wie man sowohl die erneuerbaren Energien ausbauen als auch die EEG-Umlage begrenzen könnte. Irgendwann könnte auch die Kanzlerin sich fragen, warum ihr für genau diese Aufgabe zuständiger Minister zu dieser Debatte keine wirklich brauchbaren Vorschläge macht.

Jochen Siemer



our mission :  
**YOUR SAFETY**

Die CITEL-Innovationen für den Blitz- und Überspannungsschutz sind einzigartig und auf die täglichen Bedürfnisse und Anforderungen der Verarbeiter und Anwender abgestimmt. Wir haben den ersten zertifizierten Kombibleiter entwickelt und die 10 Jahres-Garantie für die VG-Technology eingeführt.

Das bedeutet für Sie mehr Sicherheit und neueste Technik für Ihre Kunden und Ihr Geschäft.

**eltefa**   
20. - 22.03.2013  
Messe Stuttgart

Besuchen  
Sie uns  
**Halle 9**  
**Stand 9D45**

### Weitere Informationen:

Citel Electronics GmbH · Alleestr. 144 · 44793 Bochum  
Tel: +49 234 54721-0 · Fax: +49 234 54721-99  
[www.citel.de](http://www.citel.de) · [info1@citel.de](mailto:info1@citel.de)